

Stand: 09.02.2026 16:47:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13500

"Keine EU-Entwicklungshilfegelder für das Militär!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13500 vom 17.10.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14673 des BU vom 08.11.2016
3. Beschluss des Plenums 17/15098 vom 24.01.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 93 vom 24.01.2017



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Inge Aures, Kathi Petersen** SPD

Keine EU-Entwicklungshilfegelder für das Militär!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Europa-ebene dafür einzusetzen, dass ein Einsatz von EU-Entwicklungshilfegeldern für militärische Zwecke nicht ermöglicht wird. Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Änderung des sogenannten Instruments für Stabilität und Frieden (ISP), die eine Stärkung des Militärs in Partnerländern der Europäischen Union mit Geldern aus der EU-Entwicklungszusammenarbeit ermöglichen würde, ist abzulehnen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bund und in Europa dafür einzusetzen, dass der Vorschlag zur Erweiterung des ISP um eine militärische Komponente abgelehnt wird.

Begründung:

Das Instrument für Stabilität und Frieden (ISP) ist eines der wichtigsten Instrumente für die Außenhilfe und verfügt für die Jahre 2014 bis 2020 über ein Budget von rund 2,3 Mrd. Euro. Laut dem Änderungsentwurf der Kommission (COM(2016) 447 final) sollen mit ISP-Mitteln künftig auch Militärs unterstützt werden, sofern es um das „übergeordnete Ziel“ einer nachhaltigen Entwicklung gehe. Um diese Unterstützung ermöglichen zu können, sollen EU-Gelder aus anderen Töpfen umgewidmet werden. Für die Jahre 2016 bis 2018 könnten nach einem Vorschlag des EU-Generaldirektors für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung Fernando Frutuoso de Melo rund 100 Mio. Euro an ungenutzten Mitteln aus dem Instrument für Entwicklungszusammenarbeit entnommen werden, das eigentlich zur Bekämpfung von Armut gedacht ist.

Das Vermischen von Entwicklungshilfe und Sicherheitspolitik stößt bei Hilfsorganisationen und in juristischen Kreisen auf scharfe Kritik. Der Europäische Gerichtshof hat derartige Versuche bereits mehrfach gestoppt. Gegen die jetzt anstehende Änderung des ISP hat der Rechtsdienst der Kommission bereits Bedenken angemeldet. Gemäß seiner Stellungnahme vom 24. Mai 2016 kann die Finanzierung des Militärs nicht gleichzeitig Teil der Entwicklungszusammenarbeit der EU und ihrer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik sein. Für Interventionen in Entwicklungsländern bieten die EU-Verträge darüber hinaus nicht die notwendigen Befugnisse, um Streitkräfte von Drittstaaten zu finanzieren. Auch der juristische Dienst des Europäischen Rats hat im Dezember 2015 bereits Zweifel an der Rechtmäßigkeit des nun vorgelegten Kommissionsplans geäußert.

Der vorliegende Kommissionsvorschlag ist daher auf allen Ebenen abzulehnen.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie
regionale Beziehungen**

**Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster,
Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz u.a. SPD
Drs. 17/13500**

Keine EU-Entwicklungshilfegelder für das Militär!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Linus Förster**
Mitberichterstatter: **Thorsten Schwab**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 8. November 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Dr. Franz Rieger
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Inge Aures, Kathi Petersen** SPD

Drs. 17/13500, 17/14673

Keine EU-Entwicklungshilfegelder für das Militär!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann,
Diana Stachowitz u.a. SPD
Kostenloser Interrailpass für alle jungen Menschen in Europa:
Pilotprojekt jetzt auf den Weg bringen!
Drs. 17/13215, 17/14672 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann,
Diana Stachowitz u.a. SPD
Keine EU-Entwicklungshilfegelder für das Militär!
Drs. 17/13500, 17/14673 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Fluchtsachen bekämpfen: Projekt „Afrikas Grüne Mauer im Sahel“ unterstützen
Drs. 17/13661, 17/14674 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
GQ zeitgemäß verbessern – für Geprüfte Qualität mit Flächenbindung
Drs. 17/13691, 17/14687 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Leitfaden zur Direktvermarktung
Drs. 17/13692, 17/14922 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Erwin Huber,
Kerstin Schreyer u.a. CSU
CETA als ausgewogenes und ambitioniertes Muster für künftige
Freihandelsabkommen der EU
Drs. 17/13712, 17/14675 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>